Frankreich

HENRI MÉNUDIER

Als die französische Linke im Mai 1981 an die Macht kam, hatte sie die europäischen Probleme mit Hoffnung und Vertrauen in Angriff genommen. Das Jahr 1982 aber brachte Enttäuschung und Skepsis. Die Regierung und die sie tragenden Kräfte mußten feststellen, daß die sozio-ökonomischen Probleme, vor denen die Gemeinschaft steht, immer schwieriger werden und der Handlungsspielraum Frankreichs in Europa begrenzt bleibt. Die Verschlechterung der Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und seinen wichtigsten europäischen Partnern erweist sich unvermeidlich als Belastung der französischen Europapolitik.

Die Folgen des Memorandums von 1981

Im Oktober 1981 hatte die französische Regierung ein Memorandum zur Wiederankurbelung der europäischen Einigung vorgelegt[1]. Ohne allzu viel theoretischen Anspruch sollte den anderen Mitgliedern der Gemeinschaft in pragmatischer und realistischer Weise zu Bewußtsein gebracht werden, daß es notwendig und möglich sei, das europäische Einigungswerk erneut und ganz präzise wieder in Gang zu setzen. Mit dem Memorandum sollten Zielsetzungen entwickelt werden, die den großen Problemen unserer Zeit besser gerecht würden, vor allem mit Blick auf die soziale Dimension der Gemeinschaft, die bislang erstaunlich vernachlässigt worden sei. Das Memorandum fand indessen keine umfassende und systematische Aufmerksamkeit. Nur in einigen punktuellen Bereichen – etwa in Zusammenhang mit dem Neuen Gemeinschaftsinstrument der Kreditgewährung oder auf dem Gebiet der Gesundheits- und Energieforschung – fanden die französischen Vorschläge in Gemeinschaftsentscheidungen einen Niederschlag. Dagegen haben die französischen Initiativen in so wichtigen Fragen wie denen der Industrie- oder Handelspolitik bisher zu keinen gemeinschaftlichen Maßnahmen geführt.

Mit Befriedigung hat Frankreich zur Kenntnis genommen, daß im Anschluß an den Europäischen Rat in London im November 1981, das neue Gemeinschaftliche Kreditinstrument um drei Milliarden ECU aufgestockt wurde. Im energiepolitischen Bereich konnte die europäische Solidarität durch Maßnahmen zugunsten der Erdölbevoratung und finanziellen Förderung von Energiesparprojekten sowie der Entwicklung alternativer Energieformen verstärkt werden. Eine Reihe französischer Vorstellungen auf dem Gebiet der Forschung und Innovation fanden positive Aufnahme. Die Kommission hat in ihr

Rahmenprogramm für die Jahre 1984–1987 die von Frankreich empfohlenen Prioritäten aufgenommen. Auch bei den europäischen industriestrategischen Überlegungen, vor allem auf dem Eisen- und Stahlsektor, wurden französische Vorstellungen berücksichtigt und zwar sowohl in Hinblick auf Produktionsquoten für die einzelnen Unternehmen wie auch in Bezug auf eine umfassende Neuordnung der europäischen Eisen- und Stahlindustrie. Dadurch konnte der Streit mit den Vereinigten Staaten über die Stahlexporte beigelegt werden.

Im April 1982 wurde von Frankreich ein Memorandum zur Verbesserung der gemeinsamen Handelspolitik vorgelegt[2], das der Rat zur Zeit prüft. Auf dem Gebiet der Regionalpolitik hat Frankreich dem Plan einer Aufstockung des Europäischen Regionalfonds zugestimmt. Frankreich unterstützt auch weiterhin – freilich ohne große Begeisterung – das Genscher-Colombo-Projekt[3] einer Europäischen Akte zur Entwicklung der politischen Zusammenarbeit und besseren Zusammenfassung der Gemeinschaftsinstitutionen. Das begrenzte Interesse der Regierung für die Genscher-Colombo-Initiative erklärt sich auch durch die Tatsache, daß das sozialistische Frankreich nicht wünscht, sich in Verfahren zu engagieren, die zu Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat führen könnten. Sowohl aus Überzeugung als auch aus Furcht vor innenpolitischen Reaktionen halten die Sozialisten an den Prinzipien intergouvernementaler Zusammenarbeit fest und bemühen sich bisher erfolgreich, die Autonomie nationaler Entscheidungen zu schützen. Mit zwei Argumenten erklärt die französische Regierung ihre Ablehnung der Forderung in der Akte, Fragen der Sicherheitspolitik durch die Gemeinschaft zu behandeln: letztere wurde entworfen, um eine wirtschaftliche und soziale, nicht aber eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit zu fördern; dagegen ist die Westeuropäische Union in Paris ganz dazu bestimmt, eine breite Debatte über die Sicherheitsprobleme in Europa zu ermöglichen. Dagegen hat Frankreich die Vereinbarung zwischen Kommission, Rat und Parlament vom 30. Juni über die Haushaltsprozedur ausdrücklich begrüßt, die eine spürbare Verbesserung der Bedingungen für die Verabschiedung des Haushalts ermöglicht. Am 12. November 1982 erklärte André Chandernagor vor der in Paris versammelten Union der Sozialistischen und Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft: „ Wir hegen keine allzu großen Illusionen über die Tragweite der zu realisierenden institutionellen Reformen. Institutionen dürfen niemals ein Selbstzweck sein, sie sind nur ein Mittel zur Durchsetzung politischer Absichten. Woran es uns in Wirklichkeit am meisten fehlt, ist der gemeinsame Wille, in den entscheidenden Fragen voranzukommen“[4]. Für die französische Regierung sind das wirtschaftliche und soziale Fragen. Deshalb hatte auch das Memorandum von 1981 den Akzent auf die soziale Dimension der Gemeinschaft gelegt.

„L'espace social européen“

Schon immer hatten die französischen Sozialisten die Unausgewogenheiten des europäischen Einigungswerkes beklagt. Sie stellten fest, daß sich der freie Wa-

renverkehr seit 1958 enorm ausgeweitet habe, die Gemeinschaft in Richtung eines einheitlichen Sozialraumes aber nur unzureichende Fortschritte gemacht habe[5]. Zu Zeiten hoher Arbeitslosigkeit seien solche Defizite unerträglich. Zur Vervollständigung des Gemeinsamen Marktes auf sozialpolitischem Gebiet hat die französische Regierung deshalb eine auf drei Hauptthemen gerichtete Aktion vorgeschlagen: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (einschließlich einer Neuordnung und Verringerung der Arbeitszeit); Intensivierung des sozialen Dialogs unter Beteiligung aller Sozialpartner in der Gemeinschaft; Verhandlungen über Fragen des sozialen Schutzes zur Verbesserung der Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer in der Gemeinschaft.

Auf mehreren Gebieten hat die französische Regierung inzwischen einige konkrete Ergebnisse registriert. Im Rahmen der Neuordnung der europäischen Stahlindustrie wurden Sozialmaßnahmen zur Finanzierung von Abfindungen für Frührentner und Kurzzeitarbeiter vereinbart. Auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen hat die Direktive über den Schutz von Arbeitnehmern vor Bleischädigungen zu einer Harmonisierung der entsprechenden Bestimmungen in den Mitgliedstaaten geführt. Und auf dem Feld des gemeinschaftlichen Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit wurde eine Entschließung angenommen, mit der weitere öffentliche und private Investitionen die Schaffung von Arbeitsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Förderung örtlicher Initiativen verlangt werden.

Die Mittel des Europäischen Sozialfonds haben eine erhebliche Zunahme erfahren. Sie wurden von 963 Mio. ECU 1981 auf 1.242 Mrd. ECU im Jahre 1982 aufgestockt. Die Prinzipien einer Gemeinschaftspolitik hinsichtlich des Rentenalters konnten festgelegt werden. Die Harmonisierung der nationalen Bestimmungen über Teilzeitarbeit wurde in Angriff genommen. Frankreich hat aktiv an der Beschlußfassung über eine Reform der Bestimmungen über die Verwaltung des Europäischen Sozialfonds mitgewirkt. Die französische Regierung möchte, daß der Fonds besser auf die Beschäftigungssituation ausgerichtet werde und verstärkt Kredite für die Schaffung von Arbeitsplätzen für besonders betroffene Gruppen – beispielsweise Jugendliche und Frauen – bereitstelle. Außerdem soll gefährdeten Industriesektoren besondere Aufmerksamkeit zuteil werden.

Die Gemeinsame Agrarpolitik[6]

Die Regierung hat es begrüßt, daß sich auch einige der in ihrem Memorandum von 1981 enthaltenen richtungsweisenden Vorschläge in wichtigen agrarpolitischen Entscheidungen niedergeschlagen haben. Letztendlich hat Frankreich erreicht, daß für das Landwirtschaftsjahr 1982/83 zufriedenstellende Preise fixiert wurden. Die großen Linien einer Neuordnung des Weinmarktes berücksichtigen französische Gesichtspunkte. Diese Neuordnung beruht auf dem Prinzip eines garantierten Mindestpreises und einer obligatorischen Verarbeitung der Überschüsse zu Alkohol, um die Einkommen der Weinbauern in den Mittel-

meergebieten verbessern zu können. Diese Übereinkunft soll in Gesprächen über Obst, Gemüse und Olivenöl ausgeweitet werden. Frankreich besteht auf einer schnellen Regelung in dieser Frage, bevor die Gemeinschaft um weitere südeuropäische Länder erweitert wird. Darüber hinaus hat Frankreich erreicht, daß kleinen Milchproduzenten eine Hilfe in Höhe bis zu 120 Mio. ECU gewährt wird. Davon entfallen 39,6 Mio. ECU, also 260 Mio. Franken, auf Frankreich.

Der britische Beitrag

Die Frage des britischen Beitrags zum Gemeinschaftshaushalt[7] war fast während des ganzen Verlaufs des Jahres 1982 ein Zankapfel, denn das am 25. März erzielte grundsätzliche Einvernehmen führte zu Auslegungsschwierigkeiten, die erst Ende Oktober im Rat der Außenminister beigelegt werden konnten. Ohne auf die Details der Übereinkunft einzugehen, ist daran zu erinnern, daß Großbritannien verlangt hatte, von allen Beiträgen zur Finanzierung der zugunsten der Bundesrepublik Deutschland vorgesehenen zusätzlichen Ausgaben freigestellt zu werden. Die britische Regierung forderte folglich, daß ihr ein Guthaben in Höhe von 65 Mio. ECU (das heißt ihr Beitrag zum Nachtragshaushalt, aus dem die Rückerstattungen an die Bundesrepublik gezahlt werden) mit Ergänzungsmaßnahmen im Jahr 1983 verrechnet werde. Frankreich wies diese Forderung zurück und eine andere Regelung wurde vereinbart. Die französische Regierung erreichte, daß die für 1980 und 1981 vorzunehmenden Korrekturen auf der Grundlage tatsächlicher Zahlungen bei den Verhandlungen über eine künftige Regelung zugrundegelegt werden. Danach kommt sie zu der Auffassung, daß die Gemeinschaft gegenüber Großbritannien ein Guthaben von schätzungsweise 1 Mrd. ECU aufzuweisen habe, das zuviel überwiesenen Ausgleichszahlungen für die Jahre 1980 und 1981 enstspreche. Kurzum, der Haushaltsstreit mit Großbritannien ist noch lange nicht zu Ende.

Erweiterung der Gemeinschaft

Portugal und Spanien hatten ihre Anträge auf Mitgliedschaft in der Gemeinschaft 1977 gestellt. 1978 hat die Kommission ihre Stellungnahmen abgegeben. Die Erörterung der Probleme hat 1979 begonnen. 1982 wurden keine wesentlichen Verhandlungsfortschritte erzielt[8], von einigen Teilerfolgen abgesehen. Die Übernahme der Regierung durch die sozialistische Partei Spaniens verleiht den Beitrittsverhandlungen eine neue Aktualität. Frankreich ist nicht bereit, die These zu akzeptieren , derzufolge die Verhandlungen durch bilaterale französisch-spanische oder französisch-portugiesische Differenzen blockiert seien. Die französische Regierung ist der Auffassung, daß es sich hier um das Problem handelt, ob die Gemeinschaft als Ganzes die Konsequenzen einer solchen Erweiterung kapazitätsmäßig bewältigen könne. Die Erweiterung setze nicht nur eine Teilung der vorhandenen Mittel, sondern auch die Bereitschaft voraus, die gemeinsame Disziplin und die gemeinsame Politik zu übernehmen, ohne die

Europa verwässert und geschwächt würde. Die französische Regierung steht jedoch der Erweiterung grundsätzlich nicht feindlich gegenüber. Sie tritt dafür ein, daß die beiden Beitrittskandidaten genügend Zeit haben, um die internen Maßnahmen zu ergreifen, die sie in die Lage versetzen, alle aus ihrem Beitritt folgenden Verpflichtungen zu übernehmen. Die Regierung befürchtet andernfalls, daß eine wachsende Heterogenität der Gemeinschaft, deren Funktionieren, daß schon durch die Schwerfälligkeit der EG-Organe verlangsamt ist, noch zusätzlich erschwert. Paris legt außerdem Wert darauf, daß die Konsequenzen einer erneuten Erweiterung für die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft insgesamt im voraus richtig eingeschätzt werden. Es müsse geklärt werden, wer die steigenden finanziellen Belastungen übernimmt und wie groß die Handelskonkurrenz Spaniens und Portugals, insbesondere im Bereich der Agrarprodukte, sein wird. Nur dann könnten negative Überraschungen vermieden werden. Nicht verhindern, aber zurückstellen, so könnte die französische Einstellung gegenüber der zweiten Süderweiterung umschrieben werden.

Das Defizit im französischen Außenhandel

Insgesamt hatte die französische Europapolitik 1982 keine spektakulären Initiativen aufzuweisen. Frankreich mußte einen erheblichen Teil seiner Kraft auf die Bewältigung der Krise verwenden. Dagegen warf die Zunahme des Außenhandelsdefizits im Jahr 1982 ernste Probleme für die französische Außenpolitik und besonders für die französische Europapolitik auf. Es handelt sich hier um einen gewichtigen Vorgang, der sich ohne Zweifel noch über mehrere Jahre hinweg auswirken wird.

Das Defizit in der französischen Handelsbilanz[9] hat 1982 93,3 Mrd. Franken betragen und sich gegenüber 1981 (50,6 Mrd. Franken) fast verdoppelt. Dieses Abrutschen geht auf eine starke Zunahme der Einfuhren bei seit September 1981 nahezu stagnierenden Ausfuhren zurück. Das Defizit in der laufenden Zahlungsbilanz (ca. 85 Mrd. Franken) hat sich angsichts der Netto-Verschlechterung der Dienstleistungsüberschüsse im Vergleich zu 1981 mehr als verdreifacht. Diese beunruhigende Situation ist die Folge struktureller und konjunktureller Faktoren. Die nahezu konstante Verschlechterung des Handelsaustausches erklärt sich aus einem erheblichen Gefälle der Preise und Lebenshaltungskosten gegenüber anderen Ländern. Durch die Mitgliedschaft Frankreichs im Europäischen Währungssystem ist diese Situation noch kritischer geworden. Die Beibehaltung der Paritäten fiel mit einer Verschlechterung des Handels mit Fertigwaren – vor allem volumenmäßig – zusammen. Der Verfall der Gewinnspannen im Exportgeschäft hat die Exportbereitschaft geschwächt, während der relative Rückgang der Importpreise im Vergleich zu den Binnenmarktpreisen den Zustrom ausländischer Produkte beschleunigte.

Die Entwicklung des Defizits nach Branchen läßt erkennen, daß nach wie vor ein großes Energiedefizit besteht. Der traditionelle Überschuß im Handel mit Agrarprodukten ist zurückgegangen und der Überschuß im Handel mit In-

dustrieprodukten ist um zwei Drittel gesunken. Eine Analyse nach Regionen zeigt, daß zwei Drittel des Handelsdefizits auf die Industriestaaten entfällt. Auf das ganze Jahr gesehen haben die Einfuhren aus der Europäischen Gemeinschaft (+ 25 %) und aus anderen Industriestaaten (+ 1,7 %) wertmäßig doppelt so stark zugenommen wie die Ausfuhren. 40 % des französischen Handelsdefizits im Jahr 1982 entfielen auf den Handel mit den EG-Ländern, 1981 waren es nur 25 % gewesen. Und wiederum zwei Drittel dieses Defizits entfällt auf den Handel mit der Bundesrepublik. Mit Ausnahme Griechenlands weist der französische Handel allen europäischen Partnern gegenüber ein Defizit aus. Das Hochschnellen der Importe aus der Bundesrepublik hat sich auf nahezu sämtliche Sektoren ausgewirkt und umfaßt so unterschiedliche Produkte wie Fleisch und Fleischkonserven, Erdölraffinerieprodukte, landwirtschaftliche Maschinen, Industrieelektronik, Autos und Waren des täglichen Verbrauchs. Die Stagnation der französischen Exporte, die auf das Nachlassen der Binnennachfrage in der Bundesrepublik zurückzuführen ist, ändert allerdings nichts daran, daß Frankreich nach wie vor als Lieferant der Bundesrepublik an zweiter Stelle steht (seit 1980 nach den Niederlanden). Das Handelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik (38 Mrd. Franken) ist jedoch das größte Handelsdefizit Frankreichs gegenüber einem einzelnen Land.

Die rapide Verschlechterung der Handelsbilanz und die allgemeine Schwäche der Wirtschaft haben die französische Regierung zu Schutzmaßnahmen greifen lassen, die ihre Partner beunruhigen müssen[10]. Die Kontrolle importierter Videorecorder seit dem 20. Oktober in Poitiers ist zum Symbol solcher Reaktionen geworden. Die Europäische Kommission hatte übrigens beim Europäischen Gerichtshof ein Verfahren in Zusammenhang mit der Zwangsverpflichtung, die Herkunft von Importwaren aus anderen EG-Ländern zu kennzeichnen, eingeleitet. Zwei andere Maßnahmen – die Abfassung von Warenbegleitdokumenten in französischer Sprache und die Einrichtung eines einzigen Zollamtes für Videorecorder in Poitiers – hatten die Kommission ebenfalls veranlaßt, ein Verfahren wegen Verletzung der Bestimmungen über den freien Warenverkehr im Gemeinsamen Markt nach Artikel 30 EWG-Vertrag in Gang zu setzen. Auch das Europäische Parlament mißbilligte die von der französischen Regierung ergriffenen Importmaßnahmen . In zwei von den Konservativen und Christlichen Demokraten eingebrachten Resolutionen, die am 18. November angenommen wurden, bedauert das Parlament die bei der Einfuhr von Videorecordern eingetretenen Verzögerungen und vertritt die Ansicht, daß die französischen Beschlüsse zu einer gefährlichen Verschärfung nationaler protektionistischer Maßnahmen führen könnten[11].

Die französische Regierung lehnt es jedoch ab, sich von einer zu technischen oder juristischen Sicht der gemeinschaftlichen Handelsproblematik einengen zu lassen. Sie ist der Überzeugung, daß der freie Warenaustausch nicht auf Dauer gesichert werden kann, wenn die Ungleichgewichte von Land zu Land in exzessiver Weise zunehmen und allmählich unumkehrbar werden. Die Ver-

schärfung der Krise zwinge Frankreich zwangsläufig, den außer- und innergemeinschaftlichen Warenverkehr in beiden Richtungen zu reorientieren, zu steuern und zu ergänzen. Auf Weltebene müsse der Handelsaustausch stärker auf der Grundlage von Gegenseitigkeit und Gleichgewichtigkeit organisiert werden. Auch innerhalb der Gemeinschaft müsse eine rationalere und harmonischere Organisation der Produktion angestrebt werden. Nach dem Gemeinsamen Markt für Handelswaren müsse auch die Produktion im europäischen Maßstab organisiert werden: europäische Normen müßten an die Stelle nationaler Normen treten. Ein europäisches Gesellschaftsrecht, eine Harmonisierung der nationalen Maßnahmen auf dem Gebiet der Forschung und eine Öffnung der Haushalte der öffentlichen Hand könnten dazu führen. Es ist klar, daß Frankreich nicht bereit ist, passiv zuzuschauen, wie sich seine Handelsposition in der Europäischen Gemeinschaft zunehmend verschlechtert.

„Europa wird sozialistisch sein oder es wird nicht sein"

Die französische Regierung und die Sozialistische Partei verkennen nicht die Schwierigkeiten bei der Geltendmachung ihrer Gesichtspunkte in einer Europäischen Gemeinschaft, in der zum Jahresende 1982 nur noch zwei sozialistische Regierungen amtierten. Die sozialistische Gruppe im Europäischen Parlament ist zwar groß und mächtig, aber in der Minderheit, und die Gewerkschaften stoßen trotz ihrer Aktivität nicht immer auf das Gehör, das sie in den europäischen Institutionen haben sollten. Dieses ungünstige Kräfteverhältnis veranlaßt die französischen Sozialisten noch mehr als bisher an die Gültigkeit ihrer Devise zu erinnern: „Europa wird sozialistisch sein oder es wird nicht sein". Sie sind natürlich nicht der Meinung, daß sie allein gute Europäer seien, und sie anerkennen auch europäische Fortschritte, die nicht auf ihre Initiative zurückgehen. Aber die Wirtschaftskrise Europas und der westlichen Welt ist aus ihrer Sicht der Beweis dafür, daß die liberalen Konzeptionen gescheitert sind. Der Sozialismus dagegen bedeutet gezieltes Handeln, die Ersetzung des freien Spiels herrschender Interessen durch eine konzertierte wirtschaftliche Organisation, tatsächliche Solidarität auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene, und Rückgriff auf frei debattierte und vereinbarte Konzertierungen und vertragliche Regelungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und den Staaten. Die Sozialistische Partei verbindet mit der europäischen Einigung eine ganz andere Philosophie als die anderen französischen Parteien, die vor ihr die Regierungsmacht innehatten.

Eine gemeinsame Verteidigung Europas?

Die sozio-ökonomischen Schwierigkeiten der westlichen Welt und der pazifistische Aufbruch in mehreren Ländern des Atlantischen Bündnisses haben in Frankreich erneut das Problem einer Verteidigung im europäischen Rahmen bewußt werden lassen. Die zunehmende strategische Bedrohung seitens der Sowjetunion, die relative Erfolglosigkeit der Entspannungspolitik und die

Zweifel der Europäer an der amerikanischen Schutzgarantie haben zu dieser Sensibilisierung ebenfalls beigetragen. Die französische Regierung möchte die Westeuropäische Union (WEU) reaktivieren. Seit 1981 weisen zahlreiche offizielle Erklärungen in diese Richtung. Selbst in den politischen Clubs, die den Oppositionsparteien nahestehen, werden diese Sorgen geteilt. Sie machen eine Stärkung der europäischen Solidarität im Rahmen des Bündnisses und eine Neudefinierung der Rolle Frankreichs in Europa erforderlich.

Schlußfolgerungen

Hauptereignis der französischen Politik im Jahre 1982 war der Wechsel in der Regierungspolitik. Im ersten Halbjahr ihrer Amtszeit verfocht die neue Regierung einen siegreichen, optimistischen und ehrgeizigen Sozialismus. Die Verantwortlichen wünschten aufrichtig, den nationalen Reichtum wieder aufzuteilen und die sozialen Unebenheiten auszugleichen. Ab Juni wurde dann im Gegenteil „la rigueur" – die Austerität – das Schlagwort der Regierungspolitik. Seitdem will sie die Haushaltsdefizite und die Sozialausgaben begrenzen und kostspielige Reformen auf später verschieben. Eine Stärkung des Francs und des Außenhandels wurde in Angriff genommen, um das klassische wirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen. Diese wirtschaftspolitische Rückbesinnung rief eine tiefgreifende Unzufriedenheit der öffentlichen Meinung hervor. In dieser gegenwärtigen Stimmungslage wird Europa bereits eher als Zwang und als Bedrohung empfunden als als eine Chance.

Anmerkungen

1 Abgedruckt als Dokument Nr. 5 in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, Bonn 1982, S. 505–518.
2 Memorandum über die Verstärkung des Instruments der gemeinsamen Handelspolitik, in: Bulletin der EG, 4/1982, S. 84–86.
3 Abgedruckt als Dokument Nr. 6 in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, Bonn 1982, S. 519–524.
4 Text für die Presse
5 Siehe ergänzend dazu Rudolf Morawitz , Regional- und Sozialpolitik, in diesem Band.
6 Siehe ergänzend dazu Winfried von Urff, Agrar- und Fischereipolitik, in diesem Band.
7 Siehe ergänzend dazu Werner Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration 1982, und Thomas Läufer, Haushaltspolitik, in diesem Band.
8 Siehe ergänzend dazu Peter Frey, Spanien und Portugal, in diesem Band.
9 Siehe ergänzend dazu Peter-W. Schlüter, Wirtschafts- und Währungspolitik, in diesem Band.
10 Siehe ergänzend dazu Heinrich von Moltke, Binnenmarktpolitik, in diesem Band.
11 Siehe ABl. der EG, C 334 v. 20. Dezember 1982, S. 85.

Weiterführende Literatur

Debbash, Charles, La décentralisation en Europe, Paris: Éditions du CNRS 1982.

Hellmann, Rainer, Die Europäische Gemeinschaft und die neue französische Wirtschaftspolitik. Wieviel Wandel können die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zumuten? In: Europa-Archiv, Bonn 1982, Folge 18, S. 537–544.

Kiersch, Gerhard, Nationalismus, nationale Ideen und Interessen als Bestimmungsfaktoren der französischen Europapolitik, in: Politische Grundströmungen im europäischen Integrationsprozeß, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1982, S. 153 ff.

Manel, Michel, L'europe sans défense, Paris: Berger-Levrault 1982.

Montani, Guido, Le tiers-monde et l'unité européenne, Lyon: Éditions Fédérop 1982.

Mucchelli, Jean-Luis u. Jean-Pierre Thuillier, Multinationales européennes et investissements croisés, Paris: Éditions Economica 1982.

Mutz, Reinhard, Frankreichs Sicherheit und die Einheit Europas, in: Dokumente, Bonn 1980, H. 1, S. 40–48.

Rovan, Joseph u. Werner Weidenfeld (Hrsg.), Europäische Zeitzeichen. Elemente eines deutsch-französischen Dialogs, Bonn: Europa Union Verlag 1982.

Rozenblum, Serge-Allain, Die Franzosen und Europa, in: Dokumente, Bonn 1980, H. 1, S. 74–77.